



# **Adliswilereien**

## **Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Sitzung vom Mittwoch, 12. Dezember 2018**

**Von Wolfgang Liedtke, Fraktionspräsident SP**

Am 12. Dezember fand die letzte Sitzung des Grossen Gemeinderates im Jahr 2018 statt. In dieser letzten Sitzung wird immer das Budget des kommenden Jahres beraten und beschlossen, ausserdem gibt es eine „ausserordentliche Fragestunde“. Zusammenfassend gesagt: die letzte Sitzung des Jahres dauert jeweils besonders lang.

#### **Fragestunde**

Weil es sich um eine ausserordentliche Fragestunde handelte, wurden sehr viele Fragen gestellt und beantwortet. Für die SP-Fraktion erkundigte sich Xheli Etemi, ob für Adliswil und speziell für den Sihlufeweg ein Beleuchtungskonzept existiere. Er wies darauf hin, dass der Sihlufeweg stellenweise sehr dunkel sei. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) antwortete, dass sich die Stadt Adliswil dem Konzept *dark sky* verpflichtet fühle (möglichst wenig Licht zum Schutz der Natur) und sie dieses Konzept mit der Installation der neuen LED-Lampen schrittweise in Adliswil umsetzte. Ausserdem fragte Xheli Etemi (SP) mit Verweis auf den gerade vorgefallenen Banküberfall in Adliswil, welche Sicherheitsmassnahmen die Stadtpolizei durchführe. Stadträtin Susi Senn (FDP) hob die durch häufige Patrouillen starke Präsenz der Stadtpolizei hervor. Angelika Sulser (SP) wollte wissen, warum beim Chlauseinzug am 2. Dezember die Strassen erst sehr spät für den Verkehr gesperrt und die Parkplätze entlang der Umzugsstrecke nicht rechtzeitig geräumt wurden. Konkrete und zufriedenstellende Antworten konnte Susi Senn auf diese Fragen nicht geben. Wolfgang Liedtke (SP) bezog sich auf einen Hinweis im Finanz- und Aufgabenplan 2018-2022 der Stadt Adliswil, wonach die Stadt mit der Einnahme von 16,5 Mio Franken aus Grundstücksverkäufen rechne, und wollte wissen, um welche Grundstücke es sich handele. Stadträtin Karin Fein (FW) nannte das Grundstück Neugut, das Stadthausareal (dieses Landgeschäft war für denselben Tag traktandiert) und die Baufelder B2 und C in Dietlimoos.

#### **Nachwahl eines Mitgliedes für die Rechnungsprüfungskommission (RPK)**

Weil die Gemeinderätin Heidi Jucker (SVP) aus persönlichen Gründen ihr Mandat zum Ende des Jahres niederlegt, musste für sie ein Nachfolger / eine Nachfolgerin in die RPK gewählt werden. Im Vorfeld der Sitzung hatte die SVP dafür den ab 1. Januar 2019 neu antretenden Gemeinderat Keith Wyss (SVP) vorgeschlagen. Die SP und die Grünen lehnten diesen Vorschlag ab. Die SP-Fraktion schlug stattdessen Marianne Oswald (Grüne) vor. Man muss dazu wissen, dass die Grünen als einzige Fraktion nicht in der RPK vertreten sind. Die SVP wird hingegen (genau wie auch die FDP/EVP-Fraktion) durch zwei Mitglieder vertreten. Die SP-Fraktion hat einen Vertreter, obwohl sie bei der letzten Wahl nur knapp weniger Wählerstimmen als die SVP erhielt. Weil jetzt ein Sitz der SVP neu zu besetzen war, bot es sich an, den Anspruch der Grünen auf einen Sitz in Erinnerung zu rufen. Die SVP-Fraktion zog ihren Wahlvorschlag zurück und nominierte stattdessen ihr Mitglied Urs Künzler, der bis zum letzten Frühjahr Gemeinderatspräsident war. Daraufhin zog Marianne Oswald ihre Kandidatur zurück und Grüne sowie SP stimmten dem neuen Vorschlag der SVP zu. Die Interfraktionelle Kommission (IFK) konnte deshalb den Kandidaten Urs Künzler als gemeinsamen Vorschlag aller Fraktionen präsentieren. Er wurde ohne Gegenvorschlag gewählt.

## Finanz- und Aufgabenplan 2018-2022

Die Gemeinden sind verpflichtet, eine Finanzplanung über mehrere Jahre zu führen. Diese wird dem Grossen Gemeinderat jeweils zusammen mit dem Budget vorgestellt. Da diese Planung aber in alleiniger Kompetenz des Stadtrates liegt, gibt es hierzu keine Abstimmung. Die meisten Redner wiesen in ihren Voten auf die Einflüsse durch das neue Rechnungslegungsmodell HRM 2 hin. Gewürdigt wurde auch die grosse Zahl an Investitionen in Höhe von 166 Mio Franken bis 2022. Wolfgang Liedtke hielt für die SP das folgende Votum:

*Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren vom Stadtrat, verehrte Kollegen und Zuschauer auf der Tribüne. Der Finanz- und Aufgabenplan geht von einer stark ansteigenden Verschuldung aus und prognostiziert eine Nettoverschuldung von 119 Mio. Franken am Ende der Planperiode. Oder anders formuliert: Heute gibt es ein Nettovermögen von 428 Franken pro Einwohner, in 4 Jahren wird auf jede Adliswilerin, auf jeden Adliswiler eine Nettoverschuldung von 6'000 Franken kommen, auf jeden der 9'800 Haushalte eine Nettoverschuldung von ca. 12'100 Franken.*

*Diese Prognose ist noch zurückhaltend, beruht sie doch auf der Annahme von stabilen Rahmenbedingungen, also beispielsweise gleichbleibend guter Wirtschaftslage, gleichbleibend niedrigen Kreditzinsen. Dass die Rahmenbedingungen keineswegs stabil bleiben müssen, sollte Jedermann klar sein angesichts des bevorstehenden BREXIT und des Wirtschaftskriegs zwischen den USA und China. So berichtete die NZZ am 1. Dezember dieses Jahres von einer Schrumpfung der Wirtschaft in der Schweiz im 3. Quartal 2018. Auch ein Anstieg des Index für Kreditzinsen wird seit längerem erwartet. Wie sich das Steuersubstrat in Adliswil nach dem Wegzug des grössten juristischen Steuerzahlers entwickeln wird, wissen wir nicht.*

*Sicherlich, die hohe Verschuldung in den kommenden Jahren ist Folge der vielen Investitionen, welche wir alle hier im Grossen Gemeinderat beschlossen haben. Und ich bin froh darüber, dass die damit verbundenen Projekte jetzt endlich umgesetzt werden sollen. Mehrere dieser Vorhaben mussten wir über Jahre vor uns herschieben, was zu einem Umsetzungsstau und damit auch zu einem Investitionsstau geführt hat.*

*Ich habe von diesem Rednerpult aus in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass wir grosse Investitionen vor uns herschieben – ein Umstand, der mit dazu geführt hat, dass die vergangenen Erfolgsrechnungen sehr positiv ausgefallen sind. Wiederholt haben meine Kollegen aus der SP-Fraktion und ich darauf hingewiesen, dass – sollten sich die bürgerlichen Fraktionen anschicken, den Steuerfuss zu senken - hohe Ausgaben bevorstehen und der grösste juristische Steuerzahler Adliswil den Rücken kehren wird.*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich behalte in dieser Sache nicht gerne Recht, aber ich befürchte ich werde Recht behalten: In absehbarer Zeit werden wir hier wiederholt Erhöhungen des Steuerfusses beschliessen müssen.*

*Auf zwei Punkte im Kommentar des Finanz- und Aufgabenplans möchte ich zum Schluss noch eingehen:*

- 1. Auf Seite 4 findet sich der Hinweis, dass die Stadt in der Planperiode mit Gewinnen aus Grundstücksverkäufen in der Höhe von knapp 16,5 Mio. Franken rechnet. Sehr geehrte Damen und Herren vom Stadtrat, wie Sie wissen, ist die Initiative der SP und der Grünen, die sich gegen den Verkauf städtischer Grundstücke richtet, zustande gekommen. Ich finde es fragwürdig, vor diesem Hintergrund Gewinne aus Grundstücksverkäufen einzukalkulieren, zumal ähnliche Initiativen bereits in mehreren Gemeinden der Schweiz angenommen wurden.*
- 2. Angesichts der vielen anstehenden Bauprojekte – unter anderem Bushof, zwei Schulhäuser, Hallenbad, mehrere Strassenbauprojekte – fragen wir uns, ob das damit verbundene Projektmanagement und das Controlling der Umsetzung durch das Personal der Stadtverwaltung geleistet werden kann. Es ist dringend angeraten, eine Aufstockung des städtischen Personals oder eine ausreichende Verpflichtung von externen Fachleuten vorzusehen.*

Danke.

## Budget 2019

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren verlief die Budgetdebatte in sehr ruhigen Bahnen. Grund dafür war, dass sowohl der Stadtrat als auch die RPK eine Beibehaltung des Steuerfusses auf 100 Prozent beantragten und angesichts der erkennbar schlechter werdenden Einnahmeprognosen für die Stadt Adliswil keine Fraktion eine Senkung des Steuerfusses beantragen wollte. Auch in dieser Debatte wurden die Änderungen durch das neue Rechnungslegungsmodell HRM 2, welches zum 1. Januar 2019 eingeführt werden muss, besonders im Hinblick auf die Abschreibungen gewürdigt. Sowohl die meisten Redner als auch die zuständige Stadträtin Karin Fein (FW) zeigten sich überzeugt, dass Adliswil trotz der bevorstehenden hohen Investitionen und trotz des Wegzugs der Swiss Re nicht in eine finanzielle Schieflage geraten würde. Für die SP hielt Esen Yilmaz das folgende Votum:

*Geschätzter Herr Präsident, werde Stadträte/innen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates und Gäste. Auch wenn die neu gewählten Stadträte nicht sehr viel Zeit hatten, das Budget 2019 für Ihre Ressorts zu erstellen, haben wir festgestellt, dass die Prognosen wohl überlegt und ausgewogen erstellt wurden.*

*Diese nicht ganz einfache Aufgabe des gesamten Stadtrates, der Ressortleiter und der einzelnen Angestellten wollen wir loben. Denn die Prognose wurde zum ersten Mal auf Basis von HRM2 berechnet und im besser lesbaren Format dokumentiert.*

*Nun zu den Zahlen: Es wird ein Ertragsüberschuss von Fr. 4.8 Mio. und noch Fr. 0.3 Mio. ausserordentliche Effekten erwartet. Somit sind Fr. 4.5 Mio. neu als ausserordentliche Effekte, nämlich als finanzpolitische Reserve, abgebildet, entgegen der bisherigen Praxis als zusätzliche Abschreibung. Dieses schreibt die HRM2 vor. Diese finanzpolitische Reserve muss budgetiert und darf im Nachhinein nicht gebildet werden. Dieser gute Ertragsüberschuss weise den Stadtrat darauf hin, den Steuerfuss beizubehalten und auf 100% zu belassen. Die erfreuliche Bilanzsituation, ein gutes Nettovermögen sowie die mittelfristig positive Entwicklung der natürlichen Steuererträge sei guter und ausreichender Grund dafür. Beim Aufwand gibt es eine Reduktion von Fr. 5.4 Mio. gegenüber 2018. Diese Reduktion ist hauptsächlich auf tiefere Zahlungen in den kantonalen Finanzausgleich und tiefere Abschreibungen aufgrund von HRM2 zurückzuführen. Die Investitionen von Fr. 64.5 Mio., welche sich durch die bisher herausgeschobenen Projekte ergeben, lassen sich bestens erklären. Nicht nur neue Schulhäuser fallen an, die Sanierung eines bestehenden Schulhauses, die Sanierung des Hallenbads, sondern auch bei den Werkbetrieben fallen Kosten für Strassen, Wasser, Bushof und Abwasser an. Auch die Schiessanlage und die Sportanlage Tüfi gehören zu unserer Stadt und müssen aufrecht erhalten und auf einen bedarfsgerechten Stand gebracht werden. Auch die Erweiterung unseres Stadthauses ist eine Notwendigkeit.*

*Der Stadtrat nimmt endlich Rücksicht auf die zunehmende Anzahl Schulkinder, weil unsere Stadt wächst und wir dem daraus resultierenden Bedarf an Lehrpersonal gerecht werden müssen. Die Personalausgaben wurden um knapp 2,9% erhöht, darin enthalten ist eine Erhöhung von 4.7 Prozentstellen und eine Lohnerhöhung von knappen 1%.*

*Zu bedenken gibt die Entwicklung der Bezüger von AHV-/IV-Zusatzleistungen, deren Zahl stetig zunimmt, da der Anteil der Menschen im Rentenalter in Adliswil wächst und aus demselben Grund auch die Anzahl der finanzierten Pflegetage zunimmt. Diese Zunahmen wurden mit 2.1% bzw. 1.3% beziffert.*

*Beim Ertrag haben wir Fr. 96.3 Mio. gegenüber Fr. 106.4 Mio. Fiskaleinnahmen zum Budget 2018 und somit ein Minus von Fr. 10.1 Mio. Da die Prognose von diesen Einnahmen sehr schwierig ist, lässt sich der Minderertrag mit Steuerauscheidungen am besten erklären.*

*Last but not least hoffen wir, dass die debattierten Betreuungsgutscheine bald im nächsten*

*Budget Platz finden und wir in Adliswil nicht mehr einen solch grossen Nachholbedarf analog zu den Schulhäusern haben. Dies könnte das Gefühl von Hauruckübungen hervorrufen. Die SP-Fraktion folgt dem Antrag des Stadtrates, die Festsetzung des Budget 2019 zu genehmigen und die Beibehaltung des Steuerfusses bei 100% anzunehmen. Besten Dank.*

Alle Beschlüsse zum Budget wurden einstimmig gefasst. Anschliessend gab es eine Sitzungspause, in welcher der Gemeinderatspräsident Davide Loss (SP) einen Weihnachtsapéro mit Panettone offerierte. Er folgte damit einer Tradition der italienischen Regierung, die diesen Apéro am Ende eines Jahres ohne Regierungssturz durchführt.

### **Das grosse Tauziehen: Landgeschäft „Stadthausareal“**

Gestärkt durch den Apéro schritt der Grosse Gemeinderat zum letzten Traktandum der Sitzung: dem Verkauf von ca. 3'500 m<sup>2</sup> Land an die Leutschenbach AG sowie der Abgabe im Baurecht von ca. 2'600 m<sup>2</sup>. Vor genau drei Jahren hatte der Gemeinderat bereits einmal über dieses Geschäft abgestimmt. Die SP-Fraktion war damals gespalten. Drei Fraktionsmitglieder hatten gemeinsam mit der Fraktion der Grünen dagegen gestimmt. Im Rahmen eines Wettbewerbs konnten im Jahr 2012 Investoren ihre Projekte und Offerten für die ca. 6100 m<sup>2</sup> grosse Fläche an bester Lage im Zentrum Adliswils einreichen. Gewonnen hatte das Projekt der Leutschenbach AG, weil es die Vorgaben der Stadt Adliswil am überzeugendsten umsetzen wollte. Ihr Angebot lag allerdings ca. 11 Mio Franken unter dem Höchstgebot.

Während Stadtrat und Gemeinderat 2015 der Auffassung waren, dass die Differenz zwischen Siegergebot und Höchstgebot keine Bedeutung für die Frage habe, ob über das Geschäft das Volk abstimmen muss (was bei allen Geschäften mit einem Kredit über 3 Mio. Franken der Fall ist), ist der Stadtrat in seiner neuen Zusammensetzung nach den Wahlen im Frühjahr zu der Überzeugung gelangt, dass die Differenz von 11 Mio. Franken wie ein Kredit behandelt werden und deshalb das Geschäft dem Stimmvolk vorgelegt werden müsse. Vorher aber sei der Grosse Gemeinderat nochmals am Zug.

Im Gemeindeparlament wie auch in der Bevölkerung gibt es verschiedene Vorbehalte gegen dieses Landgeschäft. So stösst der geplante Abriss der Gebäude Zürichstrasse 1 (Haus Grundstein) und 3 auf Ablehnung. Das gleiche gilt für den geplanten Wohnturm von ca. 35 Metern Höhe, der dort in der Nähe der Bahnhofbrücke entstehen soll. Auf wenig Zustimmung stösst, dass die geplanten Wohnungen sich wieder einmal im oberen Preissegment befinden werden. Die Grünen und die SP verfolgen mittlerweile das Ziel, Grundstücksverkäufe der Stadt (in der Fragestunde und im Votum von Wolfgang Liedtke zum Finanz- und Aufgabenplan waren sie schon einmal Thema) generell zu verbieten. Mit mehr als 600 Unterschriften ist gerade eine Initiative gegen den Landverkauf zustande gekommen, welche im Jahr 2019 vor das Volk kommen wird.

Folgerichtig war es deshalb, dass in der Eintretensdebatte Wolfgang Liedtke für die SP einen Rückweisungsantrag stellte:

*Vor genau einem Jahr hat der Grosse Gemeinderat einen Antrag des Stadtrates gutgeheissen, das Grundstück Neugut gegen Höchstgebot zu verkaufen. Strategische Überlegungen sind dabei nicht angestellt worden, sondern es ging ausschliesslich um Gewinnmaximierung. Eben in der Fragerunde haben wir gehört, dass in den kommenden vier Jahren der Verkauf weiterer Grundstücke vorgesehen ist, so zum Beispiel im Dietlimoos die Baufelder B2 und C.*

*Angesichts des Mangels an städtischen Grundstücken vor allem im Ortszentrum sieht sich die SP-Fraktion nicht in der Lage, den Verkauf von städtischem Land an einer solchen, für die Stadtentwicklung wichtigen Lage mitzutragen.*

*Wir beantragen deshalb Rückweisung des Geschäftes an den Stadtrat mit dem folgenden Auftrag: „Der Stadtrat soll ein alternatives Projekt ausarbeiten, bei dem kein Land verkauft wird. Das alternative Projekt soll dem Stimmvolk neben dem bestehenden Projekt zur Entscheidung vorgelegt werden.“*

*Begründung: Das Stimmvolk hätte auf diese Weise eine echte Wahl, was mit seinem Bauland geschehen soll, und wäre nicht darauf beschränkt, lediglich ja oder nein zu einem einzigen Projekt sagen zu können.*

Stadträtin Karin Fein (FW) vertrat in ihrer Stellungnahme die Ansicht, dass ein Rückweisungsantrag nicht möglich sei, weil die Stadt verpflichtet sei, dieses Geschäft vor das Stimmvolk zu bringen. Der Gemeinderatspräsident widersprach dieser Auffassung und unterbrach die Sitzung, damit sich die Fraktionen beraten konnten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der Rückweisungsantrag der SP mit 24 Stimmen gegen 10 Stimmen abgelehnt.

In der Detailberatung zu den einzelnen Beschlüssen (Verkauf und Abgabe im Baurecht) stellte Wolfgang Liedtke mit Bezug auf die Fläche, welche verkauft werden soll, im Namen der SP-Fraktion den folgenden Gegenantrag: *“Das Baufeld A des Stadthausareals mit einer Fläche von 3'488 m<sup>2</sup> wird im Baurecht abgegeben.”*

Auch bei diesem Antrag vertrat die Stadträtin Karin Fein die Ansicht, dass er nicht zulässig sei. Vielmehr müsse der Gemeinderat den Einzelanträgen zustimmen, weil der Stadtrat gegenüber dem Investor vertraglich gebunden sei. Diese Aushebelung der gemeinderätlichen Kompetenzen erschien der SP-Fraktion unwahrscheinlich und sie beantragte deshalb eine juristische Prüfung durch das Gemeinderatspräsidium. Die Sitzung wurde erneut unterbrochen.

Nach ca. 15 Minuten wurde die Sitzung fortgesetzt. Das Gemeinderatspräsidium war zu der Ansicht gelangt, dass der Gegenantrag der SP-Fraktion zulässig sei, konnte in der kurzen Zeit aber nicht alle Zweifel ausräumen. Dennoch wurde die Abstimmung über den Gegenantrag durchgeführt. Er erhielt nur 9 Stimmen, der Antrag des Stadtrates auf Verkauf der Fläche 25 Stimmen.

Vor der Schlussabstimmung machte Gemeinderatspräsident Davide Loss (SP) auf die Bestimmungen der Ausgabenbremse aufmerksam: Für die Zustimmung des Gemeinderates zu diesem Geschäft war die Mehrheit von 19 Stimmen erforderlich. Genau diese 19 Stimmen brachten die SVP, FDP/EVP und die CVP zusammen. SP, Grüne, GLP und FW stimmten mit 16 Stimmen gegen das Geschäft.

Zum Schluss der Sitzung verabschiedete der Grosse Gemeinderat sein Mitglied Heidi Jucker (SVP). Gemeinderatspräsident Davide Loss schloss mit einem Rückblick über die Sitzungen des Grossen Gemeinderates seit seiner Amtseinsetzung in Reimform und konnte nach der Sitzung – sie endete um ca. 23:30 – noch einige Unverwüstliche zum Vernichten der Reste des Apéros überreden.